

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Völkme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Königsfahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Völkwerk, Völkme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilt. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 41

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des
Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“

Halver
Mittwoch, den 18. Februar

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Gold-
pfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige
Anzeigen 10 Goldpfennig, Rest 40 Goldpfennig,
— Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Denkschrift der Reichsregierung über die Ruhr-
schädigungen ist veröffentlicht worden.
- * Die Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien
haben sich beruht zugespielt, daß der Ausbruch eines Handels-
krieges befürchtet wird.
- * Reichskanzler Dr. Luther sprach in Königsberg über die
politischen Fragen des Ostens und begab sich dann nach
Marienburg.
- * In Berlin fand die diesjährige Hauptversammlung des
Reichslandbundes statt.
- * Auf der Unglücksgrube „Minister Stein“ bei Dortmund
sind die letzten Todesopfer der Katastrophe geborgen worden.

Die Wacht im Osten.

Der an Unmöglichkeit so reiche Versailler Vertrag hat das Unmöglichste geleistet bei der Neuordnung der staatspolitischen Verhältnisse im Osten Deutsch-
lands. Nicht nur hat man dort mit Polen einen Staat
geschaffen, in dem die Einwohner polnischer Zunge nur
wenig mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung aus-
machen, man hat außerdem weitere Unmöglichkeiten in der
Gründung der drei Kleinstaaten des Baltikums ge-
schaffen, die nur durch Anlehnung an irgendeine größere
Macht bestehen können. In besonders schwieriger Lage ist
aber Deutschland dadurch, daß Ostpreußen zu der ein-
zigen deutschen „Kolonie“ geworden ist, die nun in noch
viel stärkerem Maße, als das schon früher der Fall ge-
wesen ist, Einwirkungen nach Osten auszuüben verpflichtet
ist. Das gilt vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete.
Königsberg ist weit mehr als die weiter nördlich ge-
legenen Ostseehäfen der Umschlagplatz für den Handel
bis tief nach Osten hinein.

Man hat das in Ostpreußen, namentlich in Königsberg
erkannt und seit einigen Jahren dort die Ostmesse ein-
gerichtet, die nicht bloß die Aufgabe hat, von Osten aus
Fäden über das deutsche Wirtschaftsgebiet zu spinnen,
sondern nicht minder wirtschaftspolitisch nach jenen neuen
Staatsgebilden und nach Rußland hin zu wirken. Das
betonte der Reichskanzler Dr. Luther, der zu-
sammen mit dem Reichswirtschaftsminister
nun auch den deutschen Osten besucht hat, um der Eröffnung
der Ausstellung beizuwohnen. Luther ist aber nicht nur auf
diese Wirtschaftsfragen eingegangen, sondern auch auf die
politischen Fragen des Ostens, vor allem auf die der
ostpreussisch-polnischen Weichselgrenze. Bekanntlich
ist im Versailler Vertrag ausdrücklich bestimmt worden,
daß Deutschland von Ostpreußen her einen Zugang zur
Weichsel haben sollte, die allerdings grundsätzlich zum pol-
nischen Strom gemacht wurde. Was bisher in den Ver-
handlungen über diesen Zugang zur Weichsel erreicht
worden sei, müsse als durchaus unbefriedigend bezeichnet
werden. Die polnische Regierung habe bei Kurzebrack
endlich eine Anleihe bewilligt, könne sie aber ohne Ein-
verständnis mit der deutschen Regierung beliebig verlegen.
Sehr beachtenswert ist, daß der Reichskanzler ausdrück-
lich sagte: „Diese ganzen an der Weichsel so geschaffenen
Verhältnisse werden von der deutschen Regierung als im
Widerspruch mit dem Versailler Vertrag stehend be-
trachtet.“ Die Sache liegt nämlich so, daß beispielsweise
die Elbinger Niederung den größten Überschwemmungs-
gefahren ausgesetzt ist, wenn Polen seine Pflichten bei der
Erhaltung des Deichsystems nicht voll erfüllt, woran es
eigentlich recht wenig Interesse hat, weil unter dem Deich-
bruch eben nur deutsches, aber kein polnisches Land leiden
würde.

Auch auf die Memelfrage ist der Reichskanzler
eingegangen. Auf diesem Gebiet hat der Völkbund ver-
sagt, und der Übergriff, den sich Litauen mit der Befestigung
des Memellandes erlaubte, ist ebenso ungerührt geblieben,
wie beispielsweise die Wegnahme Wilna durch Polen.
Hier hatte der Versailler Vertrag den darob gar nicht so
entzückten Memelländern die Autonomie zugesagt; da-
von ist infolge Zugriffs Litauens nichts übrig geblieben.
Man hat die Volksvertretung zum Teufel gejagt und
rücksichtslos alles vertrieben, was für eine engere Be-
ziehung mit Deutschland eintrat. Zu diesem Zweck hat man
auch in die kirchlichen Verhältnisse tief eingegriffen und alle
widerstrebenden Pastoren einfach abgesetzt. Dr. Luther er-
innert an die Zusage des litauischen Ministerpräsidenten,
daß er wenigstens ein Gesetz über die Wahlen im Memel-
land herausbringen will, aber auch hier bleibe das Ziel
der deutschen Politik, durch Verhandlungen mit Litauen
auf eine baldige lokale Durchführung der Autonomie,
insbesondere auf baldige Ausschreibung der Wahlen hin-
zuwirken.

Unsere Beziehungen zu Sowjetrußland — das
stellte der Kanzler fest — sind nur wirtschaftlicher Natur.
Bekanntlich stehen wir seit längerer Zeit mit Moskau in
Handelsvertragsverhandlungen, die freilich angesichts der
staatlichen Verhältnisse in der Sowjetrepublik außerordent-
lich schwierig sind. Übrigens teilte der Kanzler noch mit,
daß wir auch mit Polen in derartigen Verhandlungen
stehen; Voraussetzung eines befriedigenden Erfolges sei aber,
daß Polen endlich den in diesem Lande wohnenden
Deutschen gegenüber eine etwas andere Haltung bewei-
se, also von der absolut deutschfeindlichen Politik endlich ein-
mal Abstand nehme. Auch Polen gegenüber hat uns der
10. Januar dieses Jahres von mackerlei Fesseln befreit und
wenn wir natürlich auch bereit seien, mit Polen zu einer
vernünftigen handelspolitischen Einigung zu kommen, so
werden wir auch diesem Lande gegenüber nur auf dem
Standpunkt gegenseitiger Weisheitsbegünstigung verhandeln,
was für Frankreich, dessen Einfuhr in Polen ja außer-
ordentlich bevorzugt wird, vielleicht sehr schmerzhaft sein
mag, aber für uns unerlässliche Bedingung ist. Polen kann
überhaupt wirtschaftlich den Zweck gar nicht leisten.

Ruhrdenkschrift der Regierung.

Die Entschädigungen für die Ruhr.

Berlin, 16. Februar.

Die von der Reichsregierung in Aussicht gestellte Denkschrift über die Ruhrschädigungen ist heute der Öffentlichkeit übergeben und dem Reichstag zugestellt worden. Die Denkschrift befaßt sich in ihren wesentlichen Teilen mit dem Zeitraum nach der Aufgabe des Ruhrkampfes und umfaßt im besonderen die Reparationsleistungen, welche der Industrie der besetzten Gebiete an Stelle des Reiches durch die sogenannten Micumverträge auferlegt worden sind, und welche diese aus eigenen Mitteln an die Besatzungsmächte ausgeführt hat. Das wichtigste Kapitel ist die endgültige Schlussabrechnung und Abgeltung der sich daraus ergebenden Reichsverpflichtungen in den Monaten Dezember und Januar.

Die Denkschrift stellt fest, daß die Zahlungen nicht nur den großen Industriegruppen des Ruhrgebietes sowie den anderen bergbaulichen Gruppen des besetzten Gebietes, der chemischen Industrie und der Rheinschiffahrt zugeflossen worden sind, sondern gleichzeitig auch der großen Anzahl kleinerer und kleinster Gewerbegruppen, soweit sie gezwungen worden waren, für das Reich Reparationsleistungen zu übernehmen oder in anderer Weise durch Maßnahmen der Besatzungsbehörden geschädigt worden sind.

Wichtig ist ferner die absolute Klarstellung des Charakters der Rückvergütungen, um die es sich hier handelt. Es handelt sich im besonderen um die nach Einstellung des Ruhrkampfes von der Industrie des alt- und neu-
besetzten Gebietes durch den Abschluß der Micumverträge erzwungenen und aus eigenen Mitteln für das Reich ausgeführten Reparationsleistungen. Solche Reparationsleistungen sind neben dem Ruhrkohlenbergbau auch der Braunkohlenindustrie, den Zechen des Aachener Gebietes und der chemischen Industrie aufgezogen worden, ungeachtet der große Zahl der sogenannten micumähnlichen Verträge fast aller übrigen Wirtschaftsverbände des besetzten Gebietes.

Die Denkschrift erinnert daran, daß nach Einstellung des passiven Widerstandes die Reichsregierung grundsätz-
lich ihre Bereitwilligkeit erklärte, die Reparationsverpflichtungen wieder aufzunehmen, sie war aber dazu finan-
ziell nicht in der Lage. Die Besatzungsmächte bestanden indes darauf, daß die Sachleistungen, insbesondere die Kohlenlieferungen sofort wieder aufgenommen würden. Nur unter dieser Bedingung konnte die Wiederingang-
setzung der Wirtschaft von den Besatzungsmächten erlaubt werden. Die Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse war aber unbedingt notwendig, um das Heer der Arbeits-
losen wieder zur Arbeit zurückzuführen und um ange-
sichts der separatistischen Treibereien den völligen politischen Zusammenbruch und die Absonderung der besetzten Gebiete vom Reich zu vermeiden.

Unter diesen Umständen und in der Erwägung, daß eine Gesamtregelung des Reparationsproblems in naher Zeit zu erwarten stand, und damit die Lieferungen alsbald ihr Ende erreichen würden, entschloß sich zuerst die Ruhr-
kohlenindustrie durch Anspannung ihres privaten Kredits, die Reparationskohlenlieferungen aufzunehmen und durchzuführen. Für diese Bereitwilligkeit war aber Voraussetzung, daß die Reichsregierung eine Verpflichtung zur späteren Erstattung der Leistungen übernahm. Die Arbeiterkraft trat in einem Schreiben des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands an die Reichs-
regierung vom 20. Oktober für die Beschreitung dieses Weges ein, da nach ihrer Auffassung sonst das Chaos und die Abschnürung des Rhein- und Ruhrgebietes unvermeid-
lich gewesen wäre.

Für die Reichsregierung gebot es sich von selbst, der bedrängten Ruhrbevölkerung zu helfen und die sich hier durch das Angebot der Industrie bietende Möglichkeit einer Ordnung der Verhältnisse des besetzten Gebietes mit den

letzten Mitteln, die ihr noch zur Verfügung standen, zu fördern.

Unter diesen Umständen entschloß sich die Reichs-
regierung, den Verhandlungen der Industriellen, vertreten durch die Sechserkommission, unter Führung von Hugo Stinnes, mit der Micum zuzustimmen, die Aufrechnung der übernommenen Lasten auf gewisse Reichssteuern zu gestatten und für die darüber hinausgehenden Leistungen eine Verpflichtung zur Rückvergütung der vorgelegten Verträge mit der Maßgabe anzuerkennen, daß die Beträge den Zechen zunächst gutgeschrieben und nach Ordnung der Reichsfinanzen demnachst in Anleihe oder in anderer Weise vergütet werden. Die grundsätzliche Bereitwilligkeit der Reichsregierung hierzu wurde auf Grund einer Kabinetts-
sitzung vom 20. Oktober 1923 erteilt.

Die Verpflichtung des Reiches zur Rückzahlung ist also, so heißt es in der Denkschrift weiter, unbefristet. Sie entspricht auch durchaus der Gerechtigkeit, weil es sich hierbei um die Bezahlung von Reparationslieferungen handelt, die dem Reich zulasten, die aber das Reich in seiner finanziellen Notlage nicht ausführen konnte.

Die Frage war nur, wann und in welcher Weise diese Verpflichtungen am vorteilhaftesten abge-
löst werden sollten. Die Verpflichtung zur Rückzahlung lautete auf Zahlung in „Anleihe oder in anderer Weise“. Eine Abfindung in Anleihe brachte der Industrie keine wesentliche Hilfe. Es wäre für die finanzielle und Währungs-
lage gefährlich gewesen, wenn größere Mengen der Anleihe auf den Markt gebracht worden wären.

Andererseits war die Kassenlage des Reiches in diesen Monaten für eine Verabfolgung günstig. Die Regelung durch Vergleich erschien deswegen gerechtfertigt. Sie hat dazu geführt, daß über 200 Millionen Reichsmark gegen-
über dem Betrage erwartet worden sind, der hätte auf-
gewendet werden müssen, um vollen Ersatz der Lieferungen und Schäden zu gewähren.

Nach Abzug der bereits früher zu einem großen Teil in E-Schuldentilgungen geleisteten Abschlagszahlungen und der seit November 1923 erfolgten Steueraufrech-
nungen verblieb noch eine restliche Vergleichssumme von rund 222 Millionen Reichsmark. Auch von diesem Betrage sind noch 110 Millionen Reichsmark durch Übernahme einer Kreditverpflichtung des Bergbaus bei der Reichsbank ab-
gedeckt worden, so daß eine Verabfindung von rund 112 Millionen Reichsmark verblieb.

Diese Tatsache ist, so stellt die Denkschrift fest, in der Öffentlichkeit bisher wenig bekannt geworden. Es wurde durchweg angenommen, daß jetzt plötzlich rund 700 Mil-
lionen Goldmark in bar an die Schwerindustrie der Ruhr ausgeschüttet worden sind. Tatsache ist, daß es sich bei der jetzigen Schlussabfindung um weniger als ein Drittel dieses Betrages gehandelt hat.

Es bestand noch die Schwierigkeit, daß sich eine schnelle Ablösung nicht auf dem Wege der ordentlichen Gesetzge-
bung durchführen ließ —, da der Reichstag aufgelöst und die Regierung sich in Demission befand. Den neuen Reichs-
tag abwarten und die entsprechenden Gesetze einbringen, hätte eine Verzögerung um Monate bedeutet, durch die der Reichsfiskus des Vorteils bedeutender Ersparnisse verlustig gegangen wäre.

Um diesen Vorteil für das Reich zu sichern, wurden die Zahlungen auf Grund einer Staatsüberschreitung vor-
genommen. Dabei bestand von vornherein die Absicht, sich später Indemnität erteilen zu lassen.

Der Weg der nachträglichen Indemnitätseinholung war, so schließt die Denkschrift, vor allem deshalb geboten, weil der Reichstag früher nicht befragt werden konnte. Eine Behandlung dieser Dinge im Reichstag hätte bei der Einstellung der Micum nur zu leicht dazu geführt, daß die Gegner ihre Forderungen stark erhöht und noch größere Leistungen aus dem besetzten Gebiet herausgepreßt hätten, als es ohnehin der Fall gewesen ist. Der Antrag auf In-
demnität liegt jetzt vor.

wart erfahren haben. Das würde ein Mehr gegenüber dem Monatsdurchschnitt nach dem Vorschlag von 260 Millionen Mark bedeuten. Abgesehen davon, daß im Ja-
nuar wieder verschiedene Vorauszahlungen fällig waren, dürfte diese außerordentliche Steigerung in erster Linie auf den guten Ausfall des Weihnachtsgeschäfts zurückzu-
führen sein.

Gehaltserhöhungen bei der Reichsbahn-Gesellschaft.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft hat den Direktoren der Hauptverwaltung Sonderzulagen von 7500 bis 12 000 Mark und Dienstauswandsgehälter von 8000 bis 12 000 Mark neben ihren pensionsfähigen Bezügen zu-
gebilligt. Reichsbahndirektionspräsidenten erhalten 1100 bis 4000 Mark Zulage und Dienstauswandsgehälter von 8000 bis 12 000 Mark. Die anderen leitenden Beamten der Hauptverwaltung und der Gruppenverwaltung Bayern, die Vizepräsidenten der Direktionen erhalten zu ihrem Ge-
halt Zulagen von 1100 bis 4000 Mark und Dienstaus-
wandsgehälter von 2200 bis 6000 Mark. Die Zahl dieser mit Zulagen bedachten Beamten soll zunächst 107 betragen. Die Mitglieder des Verwaltungsrats sollen 10 bis 20 000 Mark erhalten.

Großdeutsche Volksgemeinschaft gegen Völkischen Bloß.

Der Vollzugsausschuß der Großdeutschen Volksgemeinschaft hat Hitler keine Ämter zur Verfügung ge-
stellt. Hitler hat abgelehnt und den Ausschuß aufgefordert, seine Ämter bis auf weiteres beizubehalten. Der Voll-

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Steigerung der Steuereinnahmen.

Die Steuereinnahmen des Reiches, die sich schon in den letzten Monaten auf etwa 200 Millionen Mark über dem Vorschlag gehalten haben, sollen im Januar eine weitere Steigerung, und zwar auf über 700 Millionen

jaglich vor den Landtag treten wird, ist noch immer nicht sicher, obwohl von einigen linksstehenden Berliner Blättern ziemlich zuverlässige Angaben gemacht werden. Auf die Deutschnationalen scheint Herr Marx nach deren bekannter Antwort auf seine Anfrage nicht mehr zu rechnen und die Deutsche Volkspartei erklärte durch ihren in Hildesheim weilenden Führer Dr. v. Campe, sie schließe sich der deutschnationalen Stellungnahme an. So nimmt man denn an, daß Marx sein Kabinett wesentlich, wie mehrfach betont, aus Zentrumsangeordneten und Demokraten zusammensetzen wird. Wie es scheint, sollen von den Demokraten in das Kabinett eintreten die Abg. Dr. Höpker-Abschöf als Finanzminister, Abg. Dr. Schreiber als Handelsminister, vom Zentrum soll neu eintreten an Stelle Wendorffs Abg. Dr. Steiger, als Landwirtschaftsminister. Abg. Dr. Steiger, dem rechten Zentrumsflügel angehörig, stammt aus Hannover, und es soll durch ihn die Möglichkeit geschaffen worden, die Hannoveraner auf die Seite der Regierung zu bringen. Als sozialdemokratischer Verbindungssoffizier soll Sebring auf seinem Posten bleiben. Gegen ihn erheben sich von rechts die härtesten Bedenken. Gelingt es Marx, ein Kabinett rechtzeitig zu bilden, so würde es sich Mittwoch dem Landtag mit einer Regierungserklärung vorstellen und wahrscheinlich eine Billigungsabstimmung verlangen. Über den Ausgang einer solchen Abstimmung herrscht vorläufig ziemlich dunkel.

Der neue Frankfurter.

Maßnahmen der französischen Regierung.

Der französische Frank ist in den letzten Tagen wieder dauernd weiter gesunken, so daß eine neue Flucht aus dem Frank begonnen hat. Namentlich in New York wurden in den letzten Tagen der vorigen Woche große Mengen des französischen Zahlungsmittels auf den Devisenmarkt geworfen, die den Kurs des Frank ungünstig beeinflussten. Der neue Frankfurter hat in politischen Kreisen starke Beunruhigung hervorgerufen, zumal die finanzielle Lage Frankreichs keine weitere Verschlechterung vertragen kann. Der französische Ministerpräsident wird nach Beratungen mit führenden Parlamentariern und Finanziers in einer großen Kammerrede die Maßnahmen ankündigen, die die französische Regierung zur Bekämpfung der Frankflucht unternehmen will. Unter anderem will die Regierung energisch gegen die Steuerhinterziehung vorgehen.

Drohender Handelskrieg mit Rumänien.

Deutsches Eigentum beschlagnahmt.

Die Angelegenheit der gespannten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Rumänien hat eine starke Zuspitzung erfahren. Die rumänische Regierung hat, deutsches Eigentum in Rumänien mit Beschlag belegt, um angebliche Forderungen aus dem Krieg zu sichern. Man muß damit rechnen, daß deutsche Vergeltungsmaßnahmen ergriffen werden.

Bergung sämtlicher Opfer auf „Minister Stein“.

Unter unsäglichen Mühen und großen Anstrengungen ist es den Rettungs- und Bergungsmannschaften gelungen, weitere Leichen freizulegen und zutage zu fördern, so daß alle Leichen freizulegen und zutage zu fördern, so daß jetzt die Zahl der Geborgenen 136 beträgt. Über den Zustand der im Krankenhaus liegenden Verletzten verläutet, daß die Besserung im Befinden gute Fortschritte macht.

Das französische Bureau für Zivilangelegenheiten in Bochum hat das Halbmassflaggen der deutsch-republikanischen Fahnen (schwarz-rot-gold) gelegentlich der Beisetzung der Opfer der Zeche „Minister Stein“ genehmigt. Aus dem gleichen Anlaß ist die Halbmassflagge der preussischen Landesfarben und der Stadtflaggen gestattet, jedoch auch nur in Verbindung mit den republikanischen Farben. Die alten kaiserlichen Farben sind und bleiben verboten.

Der französische Bergarbeiterverband hat für die Opfer der Bergwerkskatastrophe von Dortmund eine Sammlung eingeleitet. Der Allgemeine französische Gewerkschaftsbund hat 1000 Frank nach Dortmund geschickt. Zur Beisetzung der Opfer von Zeche „Minister Stein“ soll am nächsten Dienstag eine Delegation der Grubenarbeiter von Courrières entsandt werden, zur Erinnerung daran, daß vor 19 Jahren eine deutsche Rettungsmannschaft bei der großen französischen Grubenkatastrophe Hilfe leistete.

An Spenden sind bisher 4 Millionen Mark eingegangen. Um eine gerechte Verteilung dieser Summen zu ermöglichen, ist man jetzt damit beschäftigt, eine Unterstützungskasse einzurichten, so daß sämtliche Hinterbliebenen der Umgekommenen, gleichviel ob sie einzeln oder beim Massenunglück zu Tode gekommen sind, auf Antrag Unterstützung erhalten.

Prozeß gegen die deutsche Tscheka.

(Fünfter Tag.)

§ Leipzig, 16. Februar.

Mit großer Ausführlichkeit schildert der Angeklagte Neumann, wie er Raufsch „erledigt“ hat. Es wurden umfassende Vorbereitungen getroffen, damit das Attentat gelinge, aber Neumann bleibt dabei, daß er Raufsch nur einen Dankschreiben wollte: er habe ihn verwundet, gewissermaßen kampfunfähig machen, aber nicht tödlich verwunden. Auch habe er die Tat erst dann in Angriff genommen, als er sich überzeugt gehabt habe, daß Raufsch tatsächlich als Spitzel im Dienste der politischen Polizei stand. Raufsch habe das zwar so dargestellt, als ob er die politische Polizei hinter sich führe, um dann von ihnen etwa gegen die Kommunisten geplanten Maßnahmen rechtzeitig die Parteigenossen unterrichten zu können, aber es habe sich erwiesen, daß er log und die Partei verriet. Für die „Erledigung“ des Spitzels hatte man zuerst einen Berliner Vorort als Schauplatz ins Auge gefaßt, dann erst, als sich auf den Fahrten nach dem Vorort immer wieder Hindernisse einstellten, Raufschs eigene Wohnung in Berlin. Man habe dem Spitzel eine Falle gestellt, und er habe ihn dann auf dem Wege von der Wohnung zur Haustür, also im Hausflur niedergeschossen. Bewußt habe er nur einen Schuß abgegeben, indem er nach dem Unterleib seines Opfers zielte; den zweiten Schuß, der löschend, habe er nicht gewollt. Neumann bestreitet trotz vieler gegenteiliger Behauptungen entschieden, daß er dem am Boden liegenden Raufsch zugerufen habe: „So, du Nazi, das ist für den Verrat von Potsdam!“ Raufsch ist kurze Zeit darauf im Krankenhaus gestorben, und ein als Sachverständiger vernommener Gerichtsarzt erklärt, daß sein Tod eine Folge der Schußverletzung gewesen sei. Es beginnt nunmehr Neumanns Vernehmung über die Mordpläne gegen Stinnes und Borsig.

Hugo Stinnes sollte bestraft werden, weil er den Kommunisten besonders gefährlich erschien. Man lauerte ihm zunächst vor seiner Berliner Wohnung (Hotel Esplanade) auf, dachte später aber daran, ihn in Wülheim, wo er seinen ständigen Wohnsitz hatte, zu töten. Der Plan kam jedoch aus irgendwelchen Gründen nicht zur Ausführung, ebensowenig wie

der bald darauf gefaßte Plan zur Tötung des Berliner Großindustriellen von Borsig, der gelegentlich des großen Metallarbeiterstreiks daran glauben sollte. Nach dem Zusammenbruch des Streiks schien dem fünfer Komitee der Terrorgruppen das Blutvergießen überflüssig. Man dachte aber nicht nur an die Großen, sondern auch an die Kleinen, von denen viele als Spitzel abgetan werden sollten. Eine 19jährige Stenotypistin Namens Anna Zebnysund wäre beinahe „erledigt“ worden, wenn Neumann — so behauptet er wenigstens — nicht gegen die gewalttätige Tötung eines so unerfahrenen Mädchens Einspruch erhoben hätte. Auch andere Mordpläne, die sich gegen einen gewissen Jauch in Heidelberg, gegen einen gewissen Wegel in Stuttgart und gegen einen Fabrikanten Grenz in Zella-Mehlis richteten, verliefen im Sande. Mehrfach kommt es bei der Erzählung dieser Attentatspläne, die sich auch auf den württembergischen Kriminaloberwachmeister Schlotter und auf den damaligen württembergischen Innenminister Volz erstrecken sollten, zu Zusammenstößen zwischen dem Vorlesenden und einigen Angehörigen. Der Angeklagte Marquis behauptet, daß der Vorlesende durch seine Fragestellung die Öffentlichkeit beeinflussen wolle, worauf der Vorlesende erklärt, daß er Marquis im Falle der Wiederholung solcher Angriffe sofort in Haft abführen lassen werde.

lokales und Provinzielles.

Halver, den 18. Februar 1925.

□ Gesundheitsrat eines Verlobten. Wenn während der Verlobungszeit bei einem Verlobten Erscheinungen auftreten, die eine ernste, eventuell ansteckende Erkrankung befürchten lassen, kann der andere Verlobte von ihm die Vornahme einer ärztlichen Untersuchung verlangen und auf der Befragung des Ergebnisses bestehen. Es entspricht dem Wesen und dem Zweck der Ehe, daß dem Gesundheitszustand der Verlobten eine wesentliche Bedeutung und ausschlaggebende Rolle für die zu gründende Familie zugemessen wird, und es kann dem gesunden Teil nicht zugemutet werden, eine Ehe unter dem bestehenden Verdacht einer ansteckenden Krankheit einzugehen. Verweigert der Verlobte hartnäckig die Vornahme einer ärztlichen Untersuchung oder hält er deren Ergebnis geheim, so bedeutet dies einen wichtigen Grund, der den anderen Teil zur Lösung des Verlöbnisses berechtigt, ohne daß ihm aus dem Nichttritt vermögensrechtliche Verpflichtungen erwachsen. Diese Berechtigung hat der gesunde Teil selbst dann, wenn sich durch eine spätere Untersuchung herausstellt, daß der andere trotz der vorliegenden Verdachtsmomente tatsächlich gesund ist.

* Schützt die Weidenkähnen! Der Frühling naht, und mit ihm droht sich die schon oft gerügte Unsitte wieder einzustellen, daß Kinder und Erwachsene die Weidenkähnen, die Blütenzweige der Weiden, unbeachtet und schonungslos herunterreißen. Besonders in der Umgebung der Städte werden die Weidenkähnen von Spaziergängern in großer Menge planlos abgerissen und oft schon nach kurzer Zeit als lästig beiseite geworfen. Auch werden Weidenkähnen in großer Menge gesammelt, in Blumenhandlungen und Kranzbindereien zum Verkauf angeboten und in Korb- und Wagenladungen auf die Wochenmärkte gebracht. Diese Verwundung der Weiden hat schwerwiegende wirtschaftliche Nachteile zur Folge. Gerade während der Zeit der Weidenblüte entwickeln sich diejenigen Insekten, die später bei der Befruchtung unserer wichtigsten landwirtschaftlichen Kulturpflanzen die hervorragendste Rolle spielen: die Bienen. Wie wissenschaftlich nachgewiesen ist, sind 80 Prozent unserer Kulturpflanzen auf die Mitarbeit von Insekten bei der Bestäubung und Befruchtung angewiesen. 75 Prozent aller dieser Blütenbesucher sind Honigbienen. Der Niedergang der Bienenzucht, vor allem die auffallend schlechte Frühjahrsentwicklung der Bienen ist in vielen Orten auf die mangelnde Frühtracht zurückzuführen und steht mit der Ausrottung und Blütenberaubung der Salweide in unmittelbarem Zusammenhang. Es ist deshalb von größter wirtschaftlicher Bedeutung, daß die Weidenkähnen den Bienen und anderen Insekten (Hummeln u. dgl.) erhalten bleiben und die Käschenträger in der Natur geschont werden müssen. In Erkenntnis der außerordentlichen Wichtigkeit der Weidenkähnen für die Landwirtschaft sind die Polizeibehörden angewiesen, gegen unbefugtes Abreißen der Kähnen energisch einzuschreiten.

*) Halver, 17. Febr. Die Neuwahl des Kirchenvorstandes der katholischen Kirchengemeinde wurde am Sonntag getätigt. Aus der Wahl gingen hervor: 1. Georg Helfrich, Architekt, Halver, 2. Heinrich Brauer, Dachdeckermeister, Halver, 3. August Duchatsch, Fabrikarbeiter, Halver, 4. Bernh. Thissen, Fuhrunternehmer, Halver, 5. Semmler, Landwirt, Siepen, 6. Carl Twenhöfen, Landwirt, Glörfeld, 7. Joh. Berlin, Fabrikarbeiter, Schiechtenbach, 8. A. Gehrman jr., Fabrikarbeiter, Eichholz, 9. Th. Eidelmann, Kottenführer, Anschlag, 10. Heinr. Pastoors, Landwirt, Oberhövel. Als Ersatzmänner: 1. J. Hansen, Eisenbahnassistent a. D., Halver, 2. Franz Wrede, Landwirt, Altemühle, 3. J. Rallenborn, Güterbodenarbeiter, Halver.

— Halver, 17. Febr. Am Sonntag hielt der Dilektanten-Verein „Hohenzollern“ im Vereinslokale A. Bormann seine erste diesjährige Haupt-Versammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Max Schäfer, eröffnete gegen 5.30 Uhr die Versammlung mit begrüßenden Worten an die Erschienenen, um sodann des furchtbaren Grubenunglücks auf Zeche „Minister Stein“ bei Dortmund und der zahlreichen Opfer zu gedenken. Die Anwesenden ehrten das Andenken der Toten durch Erheben von den Sätzen. Ein glänzendes Zeugnis geleisteter Vereinsarbeit gab der Jahresbericht und kann man mit den Erfolgen befriedigt sein. Da die Rechnungsprüfer die Kasse stimmend befanden, wurde dem Kassierer Carl Vollmer, Entlastung unter dem Ausdruck des Dankes erteilt. Sodann wurde die Vorstandswahl getätigt. Es gingen folgende Mitglieder aus der Abstimmung hervor: 1. Vorsitzender Max Schäfer, 2. Vorsitzender Fritz Köhler, 1. Schriftführer Willy Clever, 2. Schriftführer Emil Haase, 1. Kassierer Carl Vollmer, 2. Kassierer Erich Eichholz. Regisseur Ernst Rückelhaus, Bühnenmeister Willi Wolzenburg. Ferner lag eine Einladung der Freiwilligen Feuerwehr Halver zwecks Mitwirkung an der am 14. März stattfindenden Familienfeier durch Auführung eines Theaterstückes vor. Der Einladung soll entsprochen werden. Der Verein ist von jeher bestrebt gewesen, seine Kunst auch in den Dienst der Wohltätigkeit zu stellen und hat dieses im Laufe der Jahre mehrere Male durch die Tat bewiesen. Darum ist es anzuerkennen, daß der aus der Mitte der Versammlung

gestellte Antrag, in Kürze ein Wohltätigkeitskonzert zu Gunsten der vom Grubenunglück betroffenen Familien zu veranstalten, allgemeines Verständnis und einstimmige Annahme fand. Um aber diese edlen Bestrebungen voll und ganz auswirken lassen zu können, ist es unbedingtes Erfordernis, daß bei solchen Gelegenheiten alle Freunde der Bühnenkunst dafür Sorge tragen, den Spielern ein volles Haus zu sichern. Der Verein selbst gedenkt sein Frühjahrsfest am 2. Ostertag in altgewohnter Weise zu begehen. Unter Punkt Verschiedenes kamen einige interne Vereinsangelegenheiten zur Sprache. Mit der Mahnung an alle Mitglieder, treu zusammenzustehen und stets des Wahlspruches: „Ernst ist das Leben, heiter die Kunst!“ eingedenk zu sein, schloß der Versammlungsleiter gegen 9 Uhr die umfangreiche Tagesordnung.

& Halver, 17. Febr. Am verfloffenen Samstag hielt der im Jahre 1854 gegründete Männergesangsverein „Niedertafel“ in seinem Vereinslokal „Posthaus“ seine jährliche Hauptversammlung ab. Nach Eröffnung derselben gedachte der Vorsitzende, Fritz Schönebeck, vor Eintritt in die Tagesordnung des grauenhaften Grubenunglücks auf der Zeche „Minister Stein“ bei Dortmund. Zum Andenken der verstorbenen braven Knappen erhob sich die Versammlung von den Sätzen. Der Kassierer legte alsdann den Rechnungsbericht, der einen Bestand von 67,75 Mk aufwies, vor. Nach Prüfung und Richtigerbefund wurde die Entlastung unter dem Ausdruck des Dankes ausgesprochen. Nach dem, von dem Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht, hatte der Verein am Schluß des verfloffenen Jahres 6 Ehrenmitglieder, 53 aktive und 117 passive Mitglieder. Der Verein beteiligte sich an dem Gesang-Wettstreit in Schwerte. Bei der Vorstandswahl wurde Eugen Rind zum 2. Vorsitzenden, die übrigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Ueber die im Jahre 1925 zu veranstaltenden Festlichkeiten, soll später Beschluß gefaßt werden. Alsdann wurde beschlossen, dem neugegründeten Sängerbunde Altena-Lüdenscheid beizutreten.

+ Grünenbaum, 17. Febr. Am Samstag, den 14. Februar, hatte sich in Grünenbaum im Lokale des Herrn Kresling eine beträchtliche Zahl von Interessenten aus den beiden Schulbezirken Glörfeld und Buschhausen zusammengefunden, um über die Mittel und Wege zu beraten, die zwecks Einrichtung einer Postautoverbindung zwischen Breckerfeld und Halver einzuschlagen wären. Allgemein wurde die dringende Notwendigkeit einer solchen Verbindung in dem entlegenen, von allem Verkehr abgeschnittenen und steifmütlich bedachten Teile unseres Gemeindebezirks hervorgehoben und energisch die Verwirklichung des Planes gefordert. Zur Erledigung der vorbereitenden Arbeiten wurde ein Ausschuß gewählt, der sich aus den Herren Höngen-Ramscheid, Klumpe-Glörfeld und Gehrz-Buschhausen zusammensetzt. Er soll zunächst mit den beiden Herren Amtmännern der Gemeinden Halver und Breckerfeld und ebenso mit der Handelskammer, bei der bereits ein gleicher oder ähnlicher Plan in Erwägung gezogen ist, Rücksprache nehmen und sodann an die Ober-Postdirektion Dortmund herantreten. Mit dem einmütigen Wunsche, daß recht bald das erste Postauto von Breckerfeld nach Halver fahren möchte, schloß die Versammlung.

Hagen, 16. Febr. Eine Fliegerschule in Hagen. Ein Hagener Fabrikant, der in Winterberg eine Segelflugschule unterhält, beabsichtigt, in Hagen eine Fliegerschule mit Leichtmotorbetrieb einzurichten. Er hat dafür zwei Flugzeuge mit deutschen 75-P.S.-Motoren in Auftrag gegeben. Die Flugzeuge sollen Schulzwecken und Schausflügen dienen. Der Segelflugbetrieb in Winterberg soll beibehalten werden, da das in Emt in Frage kommende Gelände sich für die Segelfliegerei nicht eignet. Die Schüler sollen zunächst in Winterberg auf Segelflugzeugen die aerodynamischen Bedingungen des Fliegens praktisch erkennen lernen und darauf in Hagen ihre flugtechnische Ausbildung erhalten.

Wipperfurth, 17. Febr. Oberhalb Dümmlinghausen, dort wo Rengle und Sentel in die Agger fließen, ist der Bau einer Talsperre geplant. Die Vermessungsarbeiten sind beendet. Die Sperrmauer soll oberhalb der Steinbrücke errichtet werden. Verbunden ist hiermit eine teilweise Verlegung der Provinzialstraße nach Meinerzhagen. Der Bau dieser Sperre wird für das obere Aggertal von großem Nutzen sein.

Für die Landwirtschaft.

Mitgeteilt von der Geschäftsstelle des Landwirtschaftlichen Kreisvereins Altena.

Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Liquidierung des Umlaufs an Rentenbankcheinen.

Berlin, 31. Januar 1925.

1. Die Belastung der dauernd land-, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienenden Grundstücke bleibt weiterhin bestehen.
2. Die bisherige Belastung fußt auf dem Wehrbeitragswert, die jetzt zur Durchführung gelangende Rentenbankbelastung basiert auf dem berichtigten Wehrbeitragswert.
3. Bisher betrug die Grundschuld 4 Prozent des Wehrbeitragswertes, jetzt beträgt sie 5 Prozent vom berichtigten Wehrbeitragswert.
4. Bisher betrugen die Zinsen 6 Prozent der Grundschulden, jetzt 5 Prozent.
5. Bisher betrug die Freigrenze 4000 Mk., d. h. land-, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch benutzte Flächen mit einem Wehrbeitragswert bis zu 4000 Mk. blieben von Grundschuldbelastung befreit; jetzt ist die Freigrenze auf 6000 Mk. festgelegt.
6. Die neue Grundschuldregelung greift bis auf den 1. April 1924 zurück. Die Zahlung der Zinsen erfolgt halbjährlich, so daß die erste Rate am 1. Oktober 1924 fällig war.
7. Die in der Landwirtschaft bereits am 1. Oktober 1924 fälligen Rentenbankzinsen neuer Art sind zur Hälfte gestundet; die restlichen Oktoberzahlungen sind zusammen mit den Zahlungen für die Zeit von Oktober 1924 bis April 1925 zum 1. April fällig.
8. Eigentümer, die nach der Neuregelung von der Entziehung der Grundschuldzinsen frei sind, jedoch im Oktober 1924 nach Maßgabe der alten Grundschuldbescheide

Zinsen leisteten, haben ein Recht auf Erstattung der geleisteten Beiträge in bar, sofern diese den Betrag von 5 R.-M. übersteigen. Soweit der Schuldner am 1. April 1925 fällige Rentenbankzinsen neuer Art schuldet, ist der zu erstattende Betrag auf diese anzurechnen.

9. Wenn der zu erstattende Betrag 5 R.-M. nicht übersteigt, erfolgt die Erstattung nur auf Antrag.

10. Als Rechtsmittel gelten: Einspruch, Berufung und Rechtsbeschwerde. Durch die Einlegung der Rechtsmittel wird die Wirksamkeit des Grundschuldbefehls nicht gehemmt. Die Zinsen sind nach Maßgabe des Befehls zu entrichten.

Die Heerfahrt des deutschen Landvolkes.

Der 5. Reichslandbundtag in Berlin.

In entscheidungsschwerer Stunde hatte der Reichslandbund am Montag, dem 16. Februar, seine Mitglieder zum 5. Reichs-Landbund-Tag in Berlin zusammengerufen. Zugleich trat die Jugend zu dem 1. Reichs-Junglandbundtag zusammen.

Schon mehrere Stunden vor Beginn der Versammlung war das gewaltige Amphitheater des Großen Schauspielhauses bis auf den letzten Platz gefüllt. Markige Militärkapellen sorgten dafür, daß den Zuhörerscharen das Warten nicht lang wurde. Punkt zwölf Uhr erfolgte unter den Klängen des Hohenfriedberger Marsches der Einmarsch der Fahnen des Reichs-Junglandbundes und des Reichs-Landarbeiterbundes. Weit über hundert Banner zeigten von dem Bekenntnis des Landvolkes zu den Farben Schwarz-weiß-rot. Wie eine Mauer erhob sich die Versammlung zur Ehrung dieses Symbols deutscher Größe in Vergangenheit und Zukunft. Darauf eröffnete Präsident Graf von Kaldreuth die Versammlung mit einer Ansprache.

Graf von Kaldreuth zur Lage.

Nach kurzen Begrüßungsworten gedachte der Redner der Toten des Jahres, um sich dann unserer wirtschaftlichen Lage zuzuwenden. Die wichtigste Aufgabe zeigt das 3-Milliarden-Defizit unserer Handelsbilanz. Es gilt die Nahrungsfrage aus eigener Kraft sicherzustellen. Zur Erreichung dieses Zieles ist aber ein gesunder Ausgleich zwischen den Preisen der Produkte und Produktionsmitteln notwendig. Diese Vorbedingung ist aber bisher nicht vorhanden, denn wir leben in einer Zeit der industriellen Schutzpolitik, verbunden mit einem durch Ausfuhrbeschränkung zur Zwangswirtschaft gesteigertem Freihandel. Der innere Zoll in Form von Steuern und Tarifen muß an die Grenze verlegt werden.

Der Reichslandbund fordert daher Wiedereinführung der landwirtschaftlichen Vorkriegszölle und der Sicherungen gegen Einschleppung ausländischer Zinsen.

Der erste Grundsatz unserer Handelspolitik muß sein: Verhinderung der Zuzugseinfuhr, Stärkung des Binnenmarktes. Dazu ist nötig die Blulleere unserer Landwirtschaft durch geeignete Kreditwege zu bekämpfen. Die Schaffung der Rentenbank-Agrarkreditanstalt ist infolge der Gegenarbeit Preußens noch nicht in die Tat umgesetzt.

Der Reichslandbund muß fordern, daß diese Kreditanstalt als ein wirkliches Institut der Landwirtschaft, und nicht als eine Staatsbank verwirklicht wird.

Voraussetzung für die erforderlichen Steuerermäßigungen ist eine erhöhte Sparsamkeit in der Verwaltung. Wie wenig legerreich sich die überzogenen Steuern von etwa 1½ Milliarden für das deutsche Volk auswirken, das beweisen die Enthüllungen über Barmat und Geffroy. Die Verquickung von Politik und Geschäft zeigt die Gefahr des Einkammersystems, das zum Einkammer-Abolitionismus geworden ist, der aber seine völlige Abhängigkeit von der internationalen Weltfinanz nur schlecht verdecken kann. Gegen richtet sich der Hauptkampf des Reichs-Landbundes. Der deutsche Mittelstand sollte Hand in Hand arbeiten im Kampfe gegen die Verflawung der deutschen Wirtschaft. In einem kurzen Blick auf unsere außenpolitische Lage geißelte Graf von Kaldreuth die französische Politik der Vertragsbrüche und Heuchelei. Mit einem Hoch auf die deutsche Landwirtschaft und das deutsche Vaterland schloß der Redner.

Zu einem eindrucksvollen Bekenntnis der deutschen Bauernschaft zum Reichs-Landbund gestaltete sich nach herzlicher Begrüßung durch den Vorsitzenden des Brandenburgischen Landbundes, Nicolas, die Rede des Mitglieds des Bundesvorstandes, Cord Cordes, der, aus dem Westen stammend, wie Präsident Hepp und drei weitere Mitglieder des Bundesvorstandes, selbst Bauer ist. Er betonte, daß

Der Reichs-Landbund nicht nur die größte Bauernorganisation Deutschlands, sondern der ganzen Welt ist, eine Tatsache, die keine Mächtigkeiten der Gegner aus der Welt schaffen können. Von 1,7 Millionen Vollmitgliedern ge-

hören nicht weniger als 98 Prozent dem Klein- und Mittelbesitz an. Vergebens veruchte man eine künstliche Kluft zwischen groß und klein, Gutbesitzer und Bauer, Bauer und Anbauer zu reißten, durch festes Zusammenstehen im Kampf für die deutsche Scholle würden die Interessen aller am besten gewahrt.

Die darauf folgende Ansprache des Vorsitzenden des Reichs-Junglandbundes Schlimpert zeigte von dem besten Willen der Jugend, sich einzusetzen im Kampfe für Art und Heim, sich einzusetzen für das Vaterland in selbstlosem Glauben an Deutschlands Zukunft. Die Rede des Reichstagsabgeordneten Wolff zeigte davon, daß der Existenzkampf der deutschen Landwirtschaft auch der Existenzkampf des deutschen Landarbeiters ist.

Ein gewaltiger Höhepunkt nationaler Begeisterung wurde die Rede des Nationalrats Dr. Schönbauer aus Wien.

Die Hoffnung auf Deutschlands Zukunft und Größe, die Sehnsucht nach einem geeinigten Großdeutschland kann nur erfüllt werden durch einen machtvollen Sieg von Schwarz-weiß-rot, um das sich heute alle staatsverhaltenden Kräfte im Reich sammeln.

Das war die zündende Parole der Rede, die ausklang in ein Hoch auf das gemeinsame deutsche Vaterland, das von der Versammlung begeistert aufgenommen wurde. Wieder erfüllten die machtvollen Klänge des Deutschlandliedes den gewaltigen Raum und bildeten den würdigen Abschluß der Versammlung.

Auch die Versammlung im Admiralspalaß war lange vor Beginn überfüllt. Präsident Hepp hielt die Eröffnungsansprache.

Nach kurzen Begrüßungsworten und ehrendem Gedenken der Toten wandte sich Präsident Hepp den wirtschaftspolitischen Fragen zu. Auch er betonte, daß landwirtschaftliche Fragen nur im dem Rahmen der Gesamtwirtschaft zu lösen seien.

Die deutsche Landwirtschaft müsse die gleiche Behandlung wie die Industrie verlangen.

Mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland schloß der Redner. Darauf begrüßte der stellvertretende Vorsitzende des Brandenburgischen Landbundes, Bethge, die Anwesenden im Namen des Brandenburgischen Landbundes. Der Vorsitzende des Brandenburgischen Junglandbundes, Frikow, brachte nach einer Ansprache, erste Mahnworte an die Jugend richtend, ein Hoch auf die deutsche Zukunft, Landtagsabgeordneter Giese, zweiter Vorsitzender des Reichs-Landarbeiterbundes, ein Hoch auf die deutsche Einheit aus, die im Reichslandbund durch das Zusammenstehen von Besitzer und Arbeiter ihre echte Verankerung gefunden hätte. Die Größe des österreichischen Brudervolkes, die Abgeordneter Mayer-Eger überbrachte, lösten auch hier Stürme der Begeisterung aus. Das Hoch auf das gemeinsame deutsche Vaterland, das Deutschlandlieb waren der lebendige Ausdruck dieser Stimmung.

Von den gleichen leitenden Gedanken beherrscht war auch die Versammlung in der Römischen Oper. Das Mitglied des Bundesvorstandes Abgeordneter Dörrig leitete die Versammlung und brachte in seiner Eröffnungsansprache ein Hoch auf die deutsche Landwirtschaft und das Vaterland aus. Für den Brandenburgischen Landbund sprach der stellvertretende Vorsitzende Gauer, für den Junglandbund Landtagsabgeordneter Kaiser, für den Reichslandarbeiterbund Hauptgeschäftsführer Guert, Abgeordneter Dr. Casselich. Niederösterreich überbrachte die Grüße seiner Heimat, auch er schloß mit einem Hoch auf das gemeinsame Vaterland. Präsident Graf von Kaldreuth, der inzwischen vom Großen Schauspielhaus herübergekommen war, ergriff auch hier das Wort zu programmatischen Ausführungen.

Da alle drei Versammlungen überfüllt waren, fand noch eine vierte im Kriegervereinshaus statt, die Herr von Oppen-Tornow leitete. Es sprachen Präsident Hepp, der Vorsitzende des Reichs-Junglandbundes, Schlimpert, Reichstagsabgeordneter Wolff, Abgeordneter Wiedersich-Böhmen. Auch hier fanden die Ausführungen der Redner stürmischen Beifall, der von der Einmütigkeit des Willens im deutschen Landvolk zeugte. In dieser Einmütigkeit liegt die beste Gewähr für die Zukunft der deutschen Landwirtschaft. Das ist der stärkste Eindruck, den wohl jeder von dem 5. Reichs-Landbundtag in seine Heimat mitgenommen hat.

Kleine Nachrichten.

Stresemann über die rumänischen Repressalien. Berlin, 16. Februar. Im Haushaltsausschuß für auswärtige Angelegenheiten kam der Außenminister auf die Repressalien Rumaniens gegenüber Deutschland zu sprechen und stellte fest, daß die Forderungen Rumaniens weder im Versailler Vertrag noch etwa im Londoner Schlußprotokoll begründet seien. Selbst der rumänische Finanzminister habe zugegeben, daß Deutschland durch die Annahme des Dawes-Planes von allen Nebenverpflichtungen außer den eigentlichen Reparationsverpflichtungen befreit ist. Den Repressalien Rumaniens gegenüber habe Deutschland natürlich freie Hand. Stresemann betonte weiter, daß er es bedauern würde, wenn wegen dieser Unannehmlichkeit die

Beziehungen zwischen beiden Ländern, die bisher feierlich politische Gesandtschaften aufweisen, getrübt werden würden.

Ein Sittlichkeitsverbrecher verurteilt.

Berlin, 16. Februar. Unter dem Verdacht, sich an kleinen Mädchen vergangen zu haben, wurde der auf dem Gute Bock beschäftigte Kellner Chelinski verhaftet. Der Verhaftete, der die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen bestritt, ist Vater mehrerer Kinder.

Englische Handelskammer in Hamburg.

Hamburg, 16. Februar. Der englische Botschafter in Berlin ist zur Eröffnung der britischen Handelskammer hier eingetroffen.

Eine Spende für die Opfer von Dortmund.

Münster i. W., 16. Februar. Der preussische Landgemeindevorstand-Best stiftete für die Opfer der Grubenkatastrophe 5000 Mark.

Rückreise des Reichsanzlers nach Berlin.

Marientburg, 16. Februar. Reichsanzler Dr. Luthar, der heute hier weilte, reist heute Abend nach Berlin zurück.

Der neue Reichsfinanzminister und die Landwirtschaft.

Königsberg, 16. Februar. Am 7. d. M. empfing der Reichsfinanzminister von Schlieben eine Abordnung des Landwirtschaftsverbandes Ostpreußen, die von einer Anzahl ostpreussischer parlamentarischer Mitglieder begleitet wurde. Die von der Abordnung geführte Kollage der heimatischen Landwirtschaft und ihre nicht mehr zu vertuschende Rückwärtsentwicklung auf die Ernährungslage der Gesamtbevölkerung machte einen offenbar nachhaltigen Eindruck auf den Minister. Nach den angefertigten Ermittlungen, die die Wahrheit des Vorgebrachten bestätigen, dürfte der Minister erhebliche Steuererleichterungen in ganz nahe Aussicht stellen.

Die Abreisungsfrage vor dem Völkerbund.

London, 16. Februar. In Genf wurde heute die Konferenz des Völkerbundes über private Waffenherstellung eröffnet. Die Frage wird von der neuen Organisation des Völkerbundes, der „Koordinationskommission“, behandelt, der Vertreter von zehn im Völkerbund vertretenen Staaten, Vertreter des Finanz- und Verkehrsministeriums, des beratenden Komitees über Rüstungen und Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmergruppen des internationalen Arbeitsamtes angehören.

Börse und Handel.

Ämtliche Berliner Notierungen vom 16. Februar.

* Börsenbericht. Im Gegensatz zu den allgemeinen Erwartungen trat gleich nach Börsenbeginn eine allgemeine Abschwächung ein, ohne daß sich dafür eigentlich befondere wirtschaftliche oder politische Gründe hätten aufzählen lassen, die die starken Abgaben der Spekulation hätten rechtfertigen können. Bei den Banken lagen nur geringe Kaufordere vor, die als Gegengewicht dazu hätten dienen können. Lediglich für einzelne Spezialwerte wie Braunkohlen- und Schiffahrtswerte lag Interesse vor. Inländische Anleihen lagen gut behauptet. Tägliches Geld 9 bis 12 %, Monatsgeld 10 bis 13 %.

* Devisenbörse. Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,02 bis 20,07; holl. Gulden 168,59—169,01; Danz. 79,45 bis 79,65; franz. Frank 21,97—22,03; belg. 21,20—21,26; schwed. 80,77—80,97; Italien 17,97—18,31; schwed. Krone 113,02—113,30; dän. 74,76—74,94; norweg. 63,87 bis 64,13; tschech. 12,43—12,47.

Städtischer Viehhof Elberfeld.

Elberfeld, 16. Februar. Auftrieb 846 Stück Großvieh, darunter — argentinischer Herkunft — schwedischer Herkunft, davon 294 Ochsen, 94 Bullen, 433 Färsen und Kühe, 25 Fresser, 2798 Schweine, 600 Kälber, 69 Schafe. Preise für 50 kg Lebendgewicht: 1. Rinder: Ochsen a. 58—60, b. 54—56, c. 44—48, d. 30—40. Bullen a. 50—54 b. 42—48, c. 32—38. Färsen u. Kühe a. 56—58, b. 50—52, c. 38—44 d. 30—36 e. 20—28 Jungvieh a. 30—40. 2. Kälber a. gestrichen b. 75—80, c. 65—70, d. 60—65, e. 45—55. 3. Schafe. Stallmaßschafe: a. —, Weidemaßschafe: a. 35—45, b. 20—30. 5. Schweine a. 67—69, b. 65—67, c. 65—66, d. —, e. 58—64, f. 60—66, davon 26 argentinischer Herkunft. Tendenz des Marktes: Großvieh schleppend mit Ueberstand. Schweine ziemlich lebhaft, Kälber mittel, einzelne ausgesuchte Tiere über Notiz. In der vergangenen Woche waren aus dem Auslande eingeführt: 344 Rinderviertel, 688 Schweine und 46 Kälber.

Schriftleitung Wilt. Bell jr., Halver i. Westf.

2 Arbeiter

ferner

2 Frauen

od. Mädchen

steht noch ein

J. Steinhauer,

Deckinghausen.

Rohrstühle

werden neu geflochten

und ausgebeßert.

Halver

Südstraße 4,

Barriere.

Sonntag, den 8. Febr.

auf der Karlshöhe od.

dem Wege dahin

Hauschlüssel

verloren.

Abzugeben in der

Gesicht d. Allg. Anz. Halver

Am Freitag, 20. Febr.

erhalte ich

Rübe

Hugo Kerspe, Halver

Fernsprecher 52

Büstenkarten

Refert

schneidens

Druckerei Wilt. Bell jr.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher

Teilnahme beim Heimgang unseres lieben

Alfred

sagen wir hiermit Allen unseren herzlichsten Dank.

Familie Carl Schmidtman.



Deckanzeige.

Empfehle den Herren Pferdezüchtern meine für

die Provinz Westfalen angeführten und eingetragenen

belgische Zuchthengste

Megalos 784 Fuchs hell Beh. hell Schw.

S. Marshall III Rh. St. B. 533

M. Gertrudis Rh. St. B. 11098 | Wanderer Leb.

zur gef. Beschäftigung und Benutzung.

Johannes Strater,

Gut Steinbach, Karthausen

b. Schalksmühle.

Ueber das Vermögen der offenen Handels-

gesellschaft Gebrüder Müller in Schalksmühle

ist heute 11½ Uhr vormittags der Konkurs er-

öffnet. Konkursverwalter ist der Rechtsanwalt

Dr. Schmalenbach in Lüdenscheid. Offener

Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 5. März 1925

Anmeldefrist bis zum 10. März 1925. Erste

Gläubigerversammlung am 9. März 1925 vor-

mittags 10 Uhr im hiesigen Amtsgericht, Zimmer

Nr. 87, Prüfungstermin am 30. März 1925

vormittags 11 Uhr, daselbst.

Lüdenscheid, den 13. Febr. 1925.

Das Amtsgericht.



Der Turnverein Oeckinghausen 1888

feiert am Samstag, 21. Febr.

abends 7 Uhr beginnend

(Kassenöffnung 6½ Uhr)

im Saale des Herrn Ernst vom Berg,

Oeckinghausen sein diesjähriges

Winterfest

bestehend aus

Konzert, turnerischen und

theatralischen Aufführungen.

anschließend BALL.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vorstand.

Kinder unter 14 Jahren haben keinen

Zutritt.

Unsere Ehren- u. passiven Mitglieder

sind besonders herzlich eingeladen.

Der überall sehr beliebte

Hermanns Strang-Tabak

ist bei mir frisch eingetroffen und gebe solchen

an Wiederverkäufer in jedem Quantum

ab. Gleichzeitig mache ich noch auf mein großes

Lager in

ZIGARREN und ZIGARETTEN

aufmerksam.

Rudolf Winkler, Halver.

Reisekörbe

zu haben bei

Wilt. Bell jr., Halver.

Kunststopferei.

Unsichtbares Weben und Stopfen

von Risse-, Brand-, Motten-

u. Mäuse-Schäden in Damen-

und Herren-Garderobe.

Gewebe aller Art.

Lüdenscheld i. W.,

Königstr. 25.

Kranke + Leidende.

Auf bitten Vieler nehme ich die

von mir 1914 im Hotel Kramer, Kierspe-

Bhf gehaltenen

Sprechstunden

wieder auf und zwar in Volme im

Hotel zur Volme in der Nähe des

Bahnhotels am Freitag, den

19. Febr. von Mittags 1 Uhr ab.

Der Beweis des mir damals ent-

gegen gebracht großen Vertrauens

genügt, da ich an einem Tage 124

Patienten hatte. — Ich hoffe, das mir

dasselbe in den 10 Jahren erhalten

bleib.

So wie auch früher behandle ich

alle inneren Krankheiten.

Auffallend schnelle und sichere Hei-

lung erziele mit meinen Spezialmitteln bei

verschiedenen Ausschlägen,

Flechten und Beinwunden.

Dir. J. Krobb

vom Biochemischen med. Laboratorium

in Linz a. Rhein.

Inferieren bringt Gewinn!

Ziegenzucht-Haupt-

Verein Halver e. V.

Sonntag, d. 22. Febr.

nachm. 4 Uhr im Lokal

Geschw. Fasbender

Haupt-

Versammlung

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.

2. Rechnungsablage.

3. Wahlkassenrevisoren

4. Vorstandswahl.

5. Haushaltsplan 1925.

6. Beiträge.

7. Verschiedenes.

Um zahlreiches Er-

scheinen bittet

Der Vorstand.

Baustellen

in schöner Lage und jeder

Größe an ausgebauter

Straße zwischen

Kierspe-Bhf. u. Dorf

billig bei günstig. Zahlung

zu verkaufen.

Baufteinfabrik

G. m. b. H.

Kierspe.

Thomasmehl

Rainit

Raff 42%

hat abzugeben

Otto Ohler,

Dhl-Rönsahl.